STAATLICHE BEIHILFEN

Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag zu den drei staatlichen Beihilferegelungen C 49/99 (ex NN 29/99) — Steuerliche Beihilfen durch Minderung der Steuerbemessungsgrundlage für neugegründete Unternehmen in der Provinz Álava (Spanien) —, C 50/99 (ex NN 30/99) — Steuerliche Beihilfen durch Minderung der Steuerbemessungsgrundlage für neugegründete Unternehmen in der Provinz Guipúzcoa (Spanien) —, C 52/99 (ex NN 32/99) — Steuerliche Beihilfen durch Minderung der Steuerbemessungsgrundlage für neugegründete Unternehmen in der Provinz Biscaya (Spanien)

(2000/C 55/02)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Mit Schreiben vom 29. September 1999, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission den spanischen Behörden ihren Beschluß mitgeteilt, wegen der vorerwähnten Beihilfen das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag einzuleiten.

Die Kommission fordert alle Beteiligten zur Stellungnahme innerhalb eines Monats nach dem Datum dieser Veröffentlichung an folgende Anschrift auf:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Direktion Staatliche Beihilfen I
Rue de la Loi/Wetstraat 200
B-1049 Brüssel
Fax (32-2) 296 98 15.

Alle Stellungnahmen werden den spanischen Behörden übermittelt. Jeder, der eine Stellungnahme abgibt, kann unter Angaben von Gründen schriftlich beantragen, daß seine Identität nicht bekanntgegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG DER KOMMISSIONSENTSCHEIDUNG

1. ZUSAMMENFASSUNG DER BEIHILFE C 49/99 (ex NN 29/99)

Mitgliedstaat: Spanien

Region: Provinz Álava

Beihilfe Nr.: C 49/99 (ex NN 29/99)

Titel: Steuerliche Beihilfen durch Minderung der Steuerbemessungsgrundlage für bestimmte neue Unternehmen

Zielsetzung: Anreiz zur Gründung und Inbetriebnahme bestimmter neuer Unternehmen

Begünstigte: Neue Unternehmen mit einem eingezahlten Kapital von über 20 Mio. ESP (120 202 EUR), die über 80 Mio. ESP (480 810 EUR) investieren und mehr als 10 Arbeitsplätze schaffen

Rechtsgrundlage: Territorio Histórico de Álava: articulo 26 de la Norma Foral 24/1996 del 5 de julio, del impuesto sobre sociedades

Haushaltsmittel: Unbekannt

Beihilfeintensität oder Beihilfehöhe: Minderung der Steuerbemessungsgrundlage (100 %) für vier aufeinanderfolgende Steuerjahre um 99 %, 75 %, 50 % und 25 %

Beihilfeform: Minderung der Steuerbemessungsgrundlage

Laufzeit: Unbegrenzt

2. ZUSAMMENFASSUNG DER BEIHILFE C 50/99 (ex NN 30/99)

Mitgliedstaat: Spanien

Region: Provinz Guipúzcoa

Beihilfe Nr.: C 50/99 (ex NN 30/99)

Titel: Steuerliche Beihilfen durch Minderung der Steuerbemessungsgrundlage für bestimmte neue Unternehmen

Zielsetzung: Anreiz zur Gründung und Inbetriebnahme bestimmter neuer Unternehmen

Begünstigte: Unternehmen mit einem eingezahlten Kapital von über 20 Mio. ESP (120 202 EUR), die über 80 Mio. ESP (480 810 EUR) investieren und mehr als 10 Arbeitsplätze schaffen

Rechtsgrundlage: Territorio Histórico de Gipúzkoa: Norma Foral 7/1996 del 4 de julio, del impuesto sobre sociedades

Haushaltsmittel: Unbekannt

Beihilfeintensität oder Beihilfehöhe: Minderung der Steuerbemessungsgrundlage (100 %) für vier aufeinanderfolgende Steuerjahre um 99 %, 75 %, 50 % und 25 %

Beihilfeform: Minderung der Steuerbemessungsgrundlage

Laufzeit: Unbegrenzt

3. ZUSAMMENSETZUNG DER BEIHILFE C 52/99 (ex NN 32/99)

Mitgliedstaat: Spanien

Region: Provinz Vizcaya

Beihilfe Nr.: C 52/99 (ex NN 32/99)

Titel: Steuerliche Beihilfen durch Minderung der Steuerbemessungsgrundlage für bestimmte neue Unternehmen

Zielsetzung: Anreiz zur Gründung und Inbetriebnahme bestimmter neuer Unternehmen

Begünstigte: Neue Unternehmen mit einem eingezahlten Kapital von über 20 Mio. ESP (120 202 EUR), die über 80 Mio. ESP (480 810 EUR) investieren und mehr als 10 Arbeitsplätze schaffen

Rechtsgrundlage: Territorio Histórico de Bizkaia: Norma Foral 3/1996 del 26 de junio, del impuesto sobre sociedades

Haushaltsmittel: Unbekannt

Beihilfeintensität oder Beihilfehöhe: Minderung der Steuerbemessungsgrundlage (100 %) für vier aufeinanderfolgende Steuerjahre um 99 %, 75 %, 50 % und 25 %

Beihilfeform: Minderung der Steuerbemessungsgrundlage

Laufzeit: Unbegrenzt

4. WÜRDIGUNG DER BEIHILFE

4.1 **Staatlicher Beihilfecharakter nach Artikel 87 Absatz 1 EGV**

In den drei Provinzen handelt es sich praktisch um die gleiche Beihilfemaßnahme. Sie besteht aus einer Minderung der Steuerbemessungsgrundlage (100 %) um 99 %, 75 %, 50 % und 25 % und erfüllt die vier in Artikel 87 EGV niedergelegten Kriterien. Bei der Minderung der Steuerbemessungsgrundlage handelt es sich insbesondere um eine spezifische bzw. selektive Maßnahme, da sie bestimmte Unternehmen begünstigt. Denn die Beihilfemodalitäten haben unter anderem zur Folge, daß die vor dem Inkrafttreten der Provinzialgesetze Mitte Mai 1996 gegründeten Unternehmen, die keine Investitionen von über 80 Mio. ESP (480 810 EUR) tätigen, nicht mehr als 10 Arbeitsplätze schaffen und kein eingezahltes Kapital von über 20 Mio. ESP (120 202 EUR) ausweisen, keinen Anspruch haben. Außerdem sind die betreffenden steuerlichen Beihilfen weder durch die Natur noch durch den inneren Aufbau des Systems gerechtfertigt, sondern sie sollen ein Anreiz zur Gründung und Inbetriebnahme bestimmter neuer Unternehmen sein.

4.2 **Verstoß gegen die Anmeldungspflicht nach Artikel 88 Absatz 3 EGV**

Da die betreffenden Maßnahmen nicht in den Anwendungsbereich der De-minimis-Regel fallen, mußten sie gemäß Artikel 88 Absatz 3 EGV vorher angemeldet werden, was die spanischen Behörden unterlassen haben. Folglich sind die betreffenden Beihilfen rechtswidrig.

4.3 **Beurteilung der Vereinbarkeit der Minderung der Steuerbemessungsgrundlage**

4.3.1 *Die sektoralen Auswirkungen*

Die Minderung der Steuerbemessungsgrundlage kann ohne sektorale Beschränkung Unternehmen gewährt werden, die sektoralen Gemeinschaftsvorschriften unterliegen, wie den für die Herstellung, Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse des Anhangs I des Vertrags, die Fischerei, den Steinkohlenbergbau, die Eisen- und Stahlindustrie, den Verkehr, den Schiffbau, den Kunstfasersektor und die Kraftfahrzeugindustrie geltenden Vorschriften. Die Provinzialgesetze, durch die die betreffende Steuerermäßigung eingeführt wurde, sehen jedoch nicht ausdrücklich vor, daß die betreffenden Gemeinschaftsvorschriften eingehalten werden müssen. Die steuerlichen Beihilfen in Form einer Minderung der Steuerbemessungsgrundlage könnten demnach gegen die sektoralen Vorschriften verstoßen. Unter diesen Umständen ist nicht klar, daß die betreffenden Beihilfen mit dem EG-Vertrag vereinbar sind, wenn der Beihilfeempfänger in einem Sektor tätig ist, für den besondere gemeinschaftliche Vorschriften gelten.

4.3.2 *Die Vorschriften für Regionalbeihilfen*

Gemäß den Ziffern 4.15 bis 4.17 der Leitlinien [1] für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung sind Betriebsbeihilfen grundsätzlich untersagt. In Ausnahmefällen können sie jedoch gewährt werden, sei es in Fördergebieten nach Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe a) EGV, sofern sie bestimmte Bedingungen erfüllen, sei es in Gebieten in äußerster Randlage oder in Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte, wenn mit ihnen Beförderungsmehrkosten ausgeglichen werden. Diese beiden Voraussetzungen treffen aber im vorliegenden Fall weder auf die Beihilfen noch auf die Gebiete zu. Außerdem fallen die drei Provinzen nicht unter die Ausnahmebestimmung des Artikels 87 Absatz 3 Buchstabe a) EGV. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß die Kommission in ihrer Entscheidung vom 26. Juli 1995 über die Änderung der spanischen Fördergebietskarte die Auffassung vertreten hat, daß staatliche Beihilfen in diesen drei Provinzen nicht als mit dem Gemeinsamen Markt aufgrund von Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe a) EGV vereinbar angesehen werden können, weil dort die Lebenshaltung nicht außergewöhnlich niedrig ist und keine erhebliche Unterbeschäftigung herrscht. Dafür konnten aber in diesen drei Provinzen aufgrund der Ausnahme des Artikels 87 Absatz 3 Buchstabe c) EGV staatliche Beihilfen als mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar angesehen werden. Vor dem Hintergrund der Vorschriften über staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung ist die Vereinbarkeit der steuerlichen Beihilfen unter diesen Umständen also zweifelhaft.

[1] ABL. C 74 vom 10.3.1998.

4.3.3 *Schluß*

Somit bestehen aufgrund von Artikel 87 Absatz 2 und Artikel 87 Absatz 3 EGV Zweifel an der Vereinbarkeit der steuerlichen Beihilfen mit dem Gemeinsamen Markt. Schließlich können diese Beihilfen nicht als Beihilfen sozialer Art im Sinne des Artikels 87 Absatz 2 Buchstabe a) angesehen werden, sind nicht zur Beseitigung von Schäden, die durch Naturkatastrophen oder sonstige außergewöhnliche Ereignisse entstanden sind, im Sinne des Artikels 87 Absatz 2 Buchstabe b) bestimmt und fallen nicht unter Artikel 87 Absatz 2 Buchstabe c), der bestimmte Gebiete der Bundesrepublik Deutschland betrifft. Was die Ausnahmebestimmungen des Artikels 87 Absatz 3 mit Ausnahme der vorerwähnten Bestimmungen des Artikels 87 Absatz 3 Buchstaben a) und c) betrifft, so sind die Beihilfen nicht zur Förderung eines wichtigen Vorhabens von gemeinsamem europäischen Interesse oder zur Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben Spaniens im Sinne des Artikels 87 Absatz 3 Buchstabe b) bestimmt. Ebensowenig fallen sie in den Anwendungsbereich des Artikels 87 Absatz 3 Buchstabe c) betreffend Beihilfen zur Förderung der Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige, da sie nicht für spezifische Tätigkeiten der Beihilfeempfänger bestimmt sind. Die Förderung der Kultur und die Erhaltung des kulturellen Erbes im Sinne des Artikels 87 Absatz 3 Buchstabe d) sind auch keine Ziele, die aufgrund der betreffenden Beihilfen verwirklicht werden.

Aus diesen Gründen wird vorgeschlagen, wegen der drei staatlichen Beihilferegelungen, die eine Minderung der Steuerbemessungsgrundlage vorsehen, das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag zu eröffnen.

Gemäß Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates können alle rechtswidrigen Beihilfen vom Empfänger zurückgefordert werden.

BRIEF

«Por la presente, la Comisión tiene el honor de comunicar a las autoridades españolas que, tras haber examinado la información de que dispone, ha decidido incoar el procedimiento previsto en el apartado 2 del artículo 88 del Tratado CE.

Procedimiento

En los términos del punto 37 de su Comunicación relativa a la aplicación de las normas sobre ayudas estatales a las medidas relacionadas con la fiscalidad directa de las empresas [2] y tomando como base las orientaciones definidas en la misma, la Comisión procede a examinar las ayudas fiscales que se hayan concedido ilegalmente en los Estados miembros. Entre los regímenes de ayudas fiscales no notificadas a la Comisión con arreglo a las disposiciones del apartado 3 del artículo 88 del Tratado CE, se encuentran los tres regímenes de ayudas fiscales mencionados.

La Comisión constata que estos tres regímenes de ayudas fiscales fueron creados por el artículo 26 de cada una de las Normas Forales siguientes: la Norma Foral 24/1996 de 5 de julio de Álava [3], la Norma Foral 7/1996 de 4 de julio de Guipúzcoa [4] y la Norma Foral 3/1996 de 26 de junio de Vizcaya [5]. El texto del citado artículo 26 es el siguiente [6]:

"1. Las sociedades que inicien su actividad empresarial gozarán de una reducción de un 95, 75, 50 y 25 por 100, respectivamente, de la base imponible positiva derivada del ejercicio de sus explotaciones económicas, antes de la compensación de bases imponibles negativas de periodos anteriores, en los cuatro periodos impositivos consecutivos, a partir del primero en que dentro del plazo de cuatro años desde el inicio de su actividad empresarial, obtengan bases imponibles positivas.

[. . .]

2. Para el disfrute de la presente reducción, los sujetos pasivos deberán cumplir los siguientes requisitos:

a) Que inicien su actividad empresarial con un capital mínimo desembolsado de 20 millones de pesetas.

[. . .]

f) [7] Que realicen inversiones en activos fijos materiales en los dos primeros años de actividad por un importe mínimo de 80 millones de pesetas, debiendo realizarse todas las inversiones en bienes afectos a la actividad que no sean objeto de arrendamiento o cesión a terceros para su uso. A estos efectos también se entenderán como inversiones en activos fijos materiales los bienes adquiridos mediante arrendamiento financiero, siempre que se comprometan a ejercitar la opción de compra.

g) [8] Que generen un mínimo de 10 puestos de trabajo en los seis meses siguientes al inicio de su actividad empresarial y mantengan en ese número el promedio anual de plantilla desde dicho momento y hasta el ejercicio en que venza el derecho a aplicarse la reducción en la base imponible.

[. . .]

i) Que dispongan de un plan de actuación empresarial que abarque un periodo mínimo de cinco años.

3. [. . .]

[2] DO C 384 de 10.12.1998.

[3] Territorio Histórico de Álava: Norma Foral 24/1996 del 5 julio del impuesto sobre sociedades.

[4] Territorio Histórico de Gipuzkoa: Norma Foral 7/1996 del 4 julio del impuesto sobre sociedades.

[5] Territorio Histórico de Bizkaia: Norma Foral 3/1996 del 26 junio del impuesto sobre sociedades.

[6] En el presente texto sólo se citan las partes necesarias para la valoración de la ayuda.

[7] En el caso de Guipúzcoa, este texto figura en la letra e).

[8] En el caso de Guipúzcoa, este texto figura en la letra f).

4. El importe mínimo de las inversiones a que se refiere la letra f) y la creación mínima de empleo a que se refiere la letra g), ambas del apartado 2 anterior, serán incompatibles con cualquier otro beneficio fiscal establecido para dichas inversiones o creación de empleo.

5. La reducción establecida en el presente artículo será solicitada a la Administración tributaria, la cual, tras la verificación del cumplimiento de los requisitos inicialmente exigidos, comunicará a la sociedad solicitante, en su caso, su autorización provisional que deberá ser adoptada por acuerdo de la Diputación Foral de Álava.

[. . .].".

Descripción detallada de las ayudas fiscales en cuestión

La Comisión constata que según los preámbulos de las citadas normas forales, el objetivo de la ayuda en cuestión consistiría en "incentivar la creación de nuevas iniciativas empresariales". En efecto, la ayuda va dirigida a la categoría específica de empresas de nueva creación, reservándoles una reducción de la base imponible durante los cuatro primeros ejercicios en que obtengan beneficios.

La Comisión observa que el objeto de las ayudas fiscales en cuestión es la base imponible positiva del impuesto sobre sociedades, derivada del ejercicio de las actividades económicas de algunas sociedades, antes de la compensación de las bases imponibles negativas de los ejercicios anteriores. Aquí, los beneficiarios serán las sociedades que empezaron su actividad comercial después de la fecha de entrada en vigor de las citadas normas forales y que, por otra parte, hayan invertido en activos fijos materiales un importe mínimo de 80 millones de pesetas españolas (480 810 euros) y hayan generado al menos 10 empleos. Además, la Comisión pone de relieve que las empresas beneficiarias deben tener una estrategia empresarial que abarque un período mínimo de cinco años e iniciar su actividad con un capital mínimo desembolsado de 20 millones de pesetas españolas (120 202 euros). En cuanto al plazo de que disponen para beneficiarse de las cuatro reducciones citadas de la base imponible, corresponde al período de los cuatro años siguientes al inicio de su actividad comercial.

La Comisión constata que la ayuda fiscal en cuestión no está destinada a empresas que realicen determinadas actividades o que pertenezcan a determinados sectores ya que puede acogerse a la ayuda cualquier actividad o sector. Aparte de a las empresas de nueva creación, tampoco está destinada a determinadas categorías de empresas, por ejemplo las pequeñas y medianas empresas, ya que puede acogerse a ella cualquier empresa, siempre que satisfaga las condiciones mencionadas anteriormente.

La Comisión constata que estas reducciones de las bases imponibles son aplicables a partir del ejercicio fiscal que comienza el 1 de enero de 1996. La duración, por su parte, es ilimitada. En cuanto a la acumulación con otras ayudas, se especifica que las ayudas fiscales en cuestión no pueden acumularse con otras ventajas fiscales que puedan concederse por la inversión mínima, ni la creación mínima de empleos. Por último, el presupuesto de pérdidas de ingresos fiscales deberá fijarse anualmente en las leyes de presupuestos.

Valoración de las ayudas en cuestión

1. El carácter de ayuda estatal según el apartado 1 del artículo 87 del Tratado CE

La Comisión recuerda que, para la aplicación de las normas comunitarias en materia de ayudas estatales, el carácter fiscal de las medidas en cuestión es indiferente puesto que el artículo 87 se aplica a las medidas de ayuda "bajo cualquier forma". No obstante, la Comisión pone de relieve que para calificarse de ayuda, las medidas en cuestión deben satisfacer acumulativamente los cuatro criterios que define el artículo 87 y que se exponen a continuación.

En primer lugar, la Comisión señala que las reducciones del 99, 75, 50 y 25 %, respectivamente, de las citadas bases imponibles procuran a sus beneficiarios una ventaja que reduce las cargas que gravan normalmente su presupuesto, por medio de una reducción parcial de la cuota tributaria.

En segundo lugar, la Comisión estima que la reducción de la citada base imponible implica una pérdida de ingresos fiscales y equivale, por tanto, al consumo de recursos públicos en forma de gastos fiscales.

En tercer lugar, la Comisión considera que la reducción de la citada base imponible afecta a la competencia y a los intercambios comerciales entre Estados miembros. En efecto, habida cuenta de que los beneficiarios ejercen actividades económicas que pueden ser objeto de intercambios comerciales entre los Estados miembros, la ayuda refuerza la posición de las empresas beneficiarias con relación a otras empresas competidoras en el comercio intracomunitario, por lo que influye en el mismo. Además, las empresas beneficiarias ven mejorada su rentabilidad por el aumento de su resultado neto (beneficios después de impuestos). De esta manera, están en condiciones de competir con las empresas excluidas del beneficio de dichas ayudas fiscales.

Por último, la Comisión opina que la reducción de la base imponible en cuestión es específica o selectiva en el sentido de que favorece a algunas empresas. En efecto, las condiciones para la concesión de las ayudas excluyen concretamente del beneficio de las mismas a las empresas creadas antes de la fecha de entrada en vigor, a mediados de 1996, de las citadas normas forales, cuyas inversiones sean inferiores al umbral de 80 millones de pesetas españolas (480 810 euros), que creen menos de 10 empleos y que no sean sociedades con un capital desembolsado que supere los 20 millones de pesetas españolas (120 202 euros). Además, la Comisión considera que esta ayuda fiscal.

Por otra parte, la Comisión considera que este carácter de ventaja selectiva se debe también a cierto poder discrecional de la Administración fiscal. En efecto, la concesión de la ayuda en cuestión no es automática ya que la solicitud presentada por el beneficiario es examinada por la Diputación Foral la cual podrá, al final de este examen, conceder, en su caso, la ayuda en cuestión.

En conclusión, la Comisión considera que la reducción de la base imponible mencionada es una ayuda estatal según lo dispuesto en el apartado 1 del artículo 87 y en el apartado 1 del artículo 61 del Acuerdo EEE ya que se trata de una ayuda concedida por el Estado, con recursos estatales, que favorece a algunas empresas, falsea la competencia y afecta a los intercambios comerciales entre los Estados miembros.

2. Incumplimiento de la obligación de notificación del apartado 3 del artículo 88 del Tratado CE

Habida cuenta de que las tres Normas Forales mencionadas no disponen la concesión de la reducción de la base imponible en cuestión respetando las condiciones ([9]) para las ayudas *de minimis*, la Comisión estima que estas ayudas no pueden considerarse como ayudas sujetas a la norma *de minimis*.

La Comisión indica que las ayudas estatales que no se rigen por la norma *de minimis* están sujetas a la obligación de notificación previa establecida en el apartado 3 del artículo 88 del Tratado CE y en el apartado 3 del artículo 62 del Acuerdo EEE. Sin embargo, las autoridades españolas no han respetado esta obligación, razón por la que la Comisión opina que estas ayudas pueden considerarse ilegales. La Comisión lamenta a este respecto el incumplimiento de las autoridades españolas de su obligación de notificación previa de las ayudas en cuestión.

3. Evaluación de la compatibilidad de la reducción de la base imponible del impuesto sobre sociedades

La Comisión constata que las ayudas fiscales mencionadas son ayudas que no están supeditadas a la realización de una inversión. En efecto, la Comisión recuerda que en el anexo I de las Directrices de las ayudas con finalidad regional precisó que "las ayudas fiscales pueden considerarse ayudas a la inversión cuando ésta constituye su base de cálculo. Además, cualquier ayuda fiscal puede entrar en esta categoría si su importe máximo se expresa en porcentaje de la inversión". Ahora bien, en el caso que nos ocupa, la reducción de la base imponible no cumple estas condiciones, razón por la cual no tiene carácter de ayuda a la inversión. Además, tampoco tiene carácter de ayuda al empleo vinculado a la inversión ya que no está supeditada al número de empleos creados.

En cambio, la Comisión considera que estas ayudas fiscales tienen carácter de ayudas de funcionamiento. En efecto, su objeto es liberar a una empresa de los costes que ella misma habría debido normalmente sufragar dentro de su gestión corriente o de sus actividades normales. Gracias a esta reducción de los gastos corrientes, las empresas beneficiarias mejorarán su rentabilidad debido al aumento de su resultado neto (beneficios después de impuestos). Procede, por tanto, examinar las ayudas fiscales en cuestión a la luz de las excepciones previstas en los apartados 2 y 3 del artículo 87 eventualmente aplicables a las ayudas de funcionamiento en cuestión.

([9]) Véase la Comunicación de la Comisión relativa a las ayudas *de minimis* publicada en el DO C 68 de 6.3.1996.

Las ayudas de funcionamiento en cuestión a la luz de las excepciones regionales previstas en las letras a) y c) del apartado 3 del artículo 87

La Comisión recuerda que en los puntos 4.15 al 4.17 de las Directrices de las ayudas estatales con finalidad regional ([10]), se establece que las ayudas de funcionamiento, en principio, están prohibidas. No obstante, pueden concederse excepcionalmente, bien sea en las regiones acogidas a la excepción de la letra a) del apartado 3 del artículo 87 del Tratado CE, siempre que cumplan ciertas condiciones, o bien en las regiones ultraperiféricas o las regiones de baja densidad de población cuando estén destinadas a compensar los costes adicionales de transporte. Ahora bien, ni las ayudas en cuestión ni las regiones se encuentran en ninguno de estos dos casos. Además, estos tres Territorios Históricos no pueden acogerse a la excepción de la letra a) del apartado 3 del artículo 87 del Tratado CE. Efectivamente, la Comisión recuerda que, mediante su Decisión de 26 de julio de 1995 relativa a la modificación del mapa de las ayudas regionales en España, consideró que estos tres Territorios Históricos no eran regiones en las que las ayudas estatales pudieran considerarse compatibles con el mercado común con arreglo a la excepción de la letra a) del apartado 3 del artículo 87 del Tratado CE ya que su nivel de vida no es anormalmente bajo ni existe una grave situación de empleo. En cambio, la Comisión consideró que estos tres Territorios Históricos eran regiones en las que las ayudas estatales podían considerarse compatibles con el mercado común con arreglo a la excepción de la letra c) del apartado 3 del artículo 87 del Tratado CE. En estas condiciones, la Comisión opina que la compatibilidad de las ayudas fiscales en cuestión suscita dudas a la luz de las normas en materia de ayudas estatales con finalidad regional.

Las ayudas de funcionamiento en cuestión a la luz de las normas sectoriales

La reducción de la base imponible en cuestión, que no está sujeta a limitaciones sectoriales, puede ser concedida a empresas sujetas a las normas especiales comunitarias relativas a determinados sectores como las actividades de producción, transformación y comercialización de los productos agrarios del anexo I del Tratado, la pesca, la industria del carbón, la siderurgia, el transporte, la construcción naval, las fibras sintéticas, y la industria automovilística. Sin embargo, las Normas Forales por las que se crea la reducción fiscal en cuestión no prevén el respeto de dichas normas especiales comunitarias. La Comisión considera, pues, que las ayudas fiscales en forma de reducción de la base imponible pueden no respetar dichas normas sectoriales. En esas condiciones, la Comisión tiene sus dudas sobre la compatibilidad de dichas ayudas cuando el beneficiario pertenezca a un sector sujeto a las normas especiales comunitarias.

Las ayudas de funcionamiento en cuestión a la luz de otras excepciones previstas en los apartados 2 y 3 del artículo 87 del Tratado CE

Por último, la Comisión duda de la compatibilidad de las ayudas fiscales en cuestión con el mercado común con arreglo a las excepciones de los apartados 2 y 3 del artículo 87 del

([10]) DO C 74 de 10.3.1998.

Tratado CE. En efecto, estas ayudas no pueden considerarse como ayudas de carácter social según lo dispuesto en la letra a) del apartado 2 del artículo 87, no están destinadas a reparar los perjuicios causados por desastres naturales o por otros acontecimientos de carácter excepcional según lo dispuesto en la letra b) del apartado 2 del artículo 87 y no están sujetas a las disposiciones de la letra c) del apartado 2 del artículo 87 relativas a determinadas regiones de la República Federal de Alemania. En cuanto a las excepciones del apartado 3 del artículo 87 distintas de las de las letras a) y c) ya citadas, la Comisión considera que no tienen por objeto promover la realización de un proyecto importante de interés europeo común o poner remedio a una grave perturbación en la economía de un Estado miembro según lo dispuesto en la letra b) del apartado 3 del artículo 87. Estas ayudas no entran en el ámbito de aplicación de las disposiciones de la letra c) del apartado 3 del artículo 87 relativas a las "ayudas destinadas a facilitar el desarrollo de determinadas actividades" ya que no tienen especifidad alguna en cuanto a las actividades de las empresas beneficiarias. Por último, no están destinadas a promover la cultura ni la conservación del patrimonio según lo dispuesto en la letra d) del apartado 3 del artículo 87.

Conclusión

Habida cuenta de las consideraciones expuestas, la Comisión ha decidido incoar el procedimiento previsto en el apartado 2 del artículo 88 del Tratado CE respecto a los regímenes de ayudas fiscales en forma de reducción de la base imponible de algunas empresas de nueva creación en cada uno de los tres Territorios Históricos de Álava, Guipúzcoa y Vizcaya. La Comisión insta a las autoridades españolas, en el marco de dicho procedimiento, a que presenten sus observaciones y faciliten toda la información pertinente para la evaluación de los tres regímenes de ayudas fiscales mencionados en el plazo de un mes a partir de la fecha de recepción de la presente carta. En este caso concreto, la información pertinente solicitada es la siguiente: copias de todas las decisiones de concesión de la reducción de la base imponible, datos sobre las inversiones realizadas por cada beneficiario, empleos creados, capital social, importe de la reducción de la base imponible de la que se ha beneficiado cada empresa y saldo de lo que queda por pagar. Por último, la Comisión insta a las autoridades españolas a que transmitan inmediatamente una copia de la presente carta a los beneficiarios potenciales de la ayuda.

Conviene precisar que la presente Decisión sólo afecta a las medidas fiscales que son examinadas explícitamente, y no se pronuncia sobre las otras medidas contenidas en el régimen fiscal específico de cada uno de los Territorios Históricos afectados. La Comisión se reserva la posibilidad de examinar, sea en cuanto régimen general, como en su posible aplicación a una empresa específica, aquellas medidas que pudieran constituir ayudas.»